



Bericht über die Umsetzung der Prioritäten der Schweiz für die 75. Tagung der UNO-Generalversammlung

Bericht des Bundesrats zuhanden der Aussenpolitischen Kommissionen

vom 18. Juni 2021

Eine GV zur Stärkung des Multilateralismus in Zeiten der Krise

Die 75. Generalversammlung (GV) der Vereinten Nationen (UNO) findet vom 15. September 2020 bis 13. September 2021 unter der Präsidentschaft von Volkan Bozkir aus der Türkei und erstmals in der Geschichte hauptsächlich virtuell statt. Mit dieser Session, die sich der Förderung und Stärkung des Multilateralismus widmet, begeht die UNO auch ihr 75-Jahre-Jubiläum.

In einer von Spannungen und von der Covid-19-Pandemie geprägten Welt hat die Schweiz ihr konstruktives Engagement zugunsten des Völkerrechts und eines wirkungsvollen und effizienten Multilateralismus weiterverfolgt. Ihre Beiträge zur Unterstützung der UNO-Reformen und der digitalen Gouvernanz zeugen vom hohen Stellenwert, den die Schweiz der Innovation beimisst. Das von Konstanz geprägte Profil der Schweiz macht sie zu einer glaubwürdigen Anwärtlerin auf einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat für den Zeitraum 2023–2024.

1. Bewältigung der Folgen von Covid-19

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie waren auch in der UNO spürbar. Wie in den einzelnen Mitgliedstaaten mussten in der UNO die Arbeitsmethoden aufgrund der sanitären Schutzmassnahmen neu organisiert werden. Die meisten Sitzungen fanden virtuell statt, während einige auch abgesagt wurden. Die Schweiz setzte sich für die Sicherung der Handlungsfähigkeit der UNO ein. Unter anderem wirkte sie mit einer Gruppe von Staaten darauf hin, dass die GV einen Entscheid über eine elektronische Stimmabgabe verabschiedete, damit das Gremium auch unter aussergewöhnlichen Bedingungen handlungsfähig bleibt.

Parallel dazu ergriff die GV Massnahmen, um das multilaterale System in seiner Reaktion auf die Pandemie zu stärken. Mitte September 2020 verabschiedete die GV mit sehr grosser Mehrheit die Resolution für eine «umfassende und abgestimmte Reaktion auf die Pandemie der Coronavirus-Krankheit (Covid-19)». Die Schweiz beteiligte sich an den Verhandlungen mit dem Ziel, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, die zentrale Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu bekräftigen und den universellen Zugang zu Impfungen zu unterstützen. Bundesrat Alain Berset bestätigte den Ansatz der Schweiz am 23. September 2020 an einer virtuellen Veranstaltung, die von der WHO, der Impfallianz Gavi und der Föderation der Rotkreuzgesellschaften (IFRC) am Rand der hochrangigen Eröffnung der GV organisiert wurde. Ausserdem äusserte sich Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga mit einer Videobotschaft an der GV-Sondersitzung zur Pandemie am 3. und 4. Dezember 2020.

In seiner Ansprache zur Eröffnung der Session des Menschenrechtsrats (MRR) im Februar 2021 betonte Bundesrat Ignazio Cassis die Bedeutung der Menschenrechte während der Pandemie und sprach sich für einen inklusiven Wiederaufbau mit der Agenda 2030 als Referenzrahmen aus. Die Schweiz machte im MRR und an der GV auch konsequent darauf aufmerksam, dass alle im Kontext von Covid-19 getroffenen Massnahmen, welche die Menschenrechte einschränken, zeitlich begrenzt und im Einklang mit den Grundsätzen der Rechtmässigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismässigkeit und Nichtdiskriminierung sein müssen.

2. UNO-Reformen

In seiner Rede zum 75. Jubiläum der Organisation im September 2020 sprach sich Bundesrat Ignazio Cassis für eine wirkungsvolle und effiziente UNO aus. Die Schweiz konkretisierte dieses Engagement, indem sie während der gesamten 75. GV ihre Unterstützung für die vom UNO-Generalsekretär initiierten Reformen bekräftigte.

Im Entwicklungsbereich leitete die Schweiz zum sechsten Mal die Verhandlungen über die vierjährige Überprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des UNO-Systems. Diese

Resolution ist für das Entwicklungssystem der UNO¹ zentral und bestimmt die politische Ausrichtung, an der sich seine Aktivitäten in den nächsten vier Jahren orientieren. Fortschritte wurden namentlich bei der Rechenschaftslegung und der Zusammenarbeit innerhalb des UNO-Systems erzielt. Zum ersten Mal wurde im Text die Nulltoleranz-Politik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellen Übergriffen verankert. Die Schweiz fördert zudem die Umsetzung des neuen Systems der residierenden UNO-Koordinatoren, indem sie nachhaltige Finanzierungsmodalitäten unterstützt. Ebenfalls beigetragen hat sie zur Überarbeitung und Stärkung des Hochrangigen Politischen Forums (HLPF) und des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) unter Berücksichtigung der Rolle des internationalen Genf.

Im MRR hat die Schweiz die Verbesserung der Arbeitsmethoden unterstützt. Gemeinsam mit Togo und Indonesien hat sie Konsultationen zur Stärkung und Optimierung des Mechanismus der allgemeinen regelmässigen Überprüfung koordiniert. Überdies hat die Schweiz weiterhin die Umsetzung der Empfehlungen des Überprüfungsprozesses der UNO-Vertragsorgane verfolgt, um die Wirksamkeit dieser in Genf ansässigen Organe zu verbessern. Als Koordinatorin der Gruppe für Rechenschaftspflicht, Kohärenz und Transparenz (ACT) setzte sich die Schweiz dafür ein, dass die Arbeit des Sicherheitsrats transparenter wird, insbesondere gegenüber Nichtmitgliedern. In der aktuellen Pandemie, in der kaum physische Treffen stattfanden, hat diese Thematik noch an Bedeutung gewonnen. Die ACT-Gruppe plädiert auch für mehr Transparenz im Prozess zur Wahl des Generalsekretärs oder der Generalsekretärin durch die GV, auf Empfehlung des Sicherheitsrats (Mandat 2022–2026).

3. Cybersicherheit und digitale Gouvernanz

An der hochrangigen Themendebatte über digitale Zusammenarbeit und Konnektivität im April 2021 betonte Bundesrat Ignazio Cassis, wie wichtig es ist, den digitalen Raum frei, sicher und demokratisch zu gestalten. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga unterstrich an einem auf Initiative des Generalsekretärs organisierten Anlass im September 2020 die Notwendigkeit einer transparenten Gouvernanz im Cyberraum. Die Anwendung des Völkerrechts im Cyberraum ist wichtig, sowohl für die Wahrung der Menschenrechte als auch zur Gewährleistung der globalen Sicherheit. Die Schweiz hat sich in diesem Sinne engagiert, namentlich auch beim Schutz von humanitären Personendaten.

Die Schweiz präsierte eine offene Arbeitsgruppe, die von der GV den Auftrag erhielt, sich mit den Fortschritten im Bereich Informatik und Telekommunikation im Kontext der internationalen Sicherheit zu befassen. Im März 2021 wurden diese Arbeiten nach zwei Jahren erfolgreich zum Abschluss geführt, was eine wichtige Etappe darstellt. Es war das erste Mal, dass die Frage der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Kontext der internationalen Sicherheit unter Beteiligung aller UNO-Mitgliedstaaten diskutiert wurde. Die Mitgliedsstaaten bekräftigten, dass das Völkerrecht und insbesondere die Charta der Vereinten Nationen auch für die IKT gelten und für die Gewährleistung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in diesem Bereich zentral sind. Parallel dazu wirkte die Schweiz weiterhin in der Gruppe der Regierungssachverständigen für die Förderung eines verantwortungsvollen Verhaltens der Staaten im Cyberraum mit, die ihre Arbeit Ende Mai 2021 erfolgreich abschloss. Die Schweiz beteiligte sich auch aktiv an den Vorbereitungsarbeiten des Ad-hoc-Ausschusses, für die Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu kriminellen Zwecken. Schliesslich engagierte sich die Schweiz für einen kohärenten Ansatz beim Thema künstliche Intelligenz im UNO-System, insbesondere für die Ausarbeitung einer Empfehlung zur Ethik der künstlichen Intelligenz in der UNESCO.

¹ Das UNO-Entwicklungssystem besteht aus 34 Mitgliederorganisationen. Dazu gehören insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) und der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA).

4. Das internationale Genf

Die Schweiz hat ihre Unterstützung für das internationale Genf fortgeführt, auch um die Stadt als Kompetenzzentrum der globalen Gouvernanz für Zukunftsthemen zu positionieren. Unterstützt hat die Schweiz insbesondere ein Projekt des Sekretariats des Internet Governance Forum (IGF) der UNO zur Schnittstelle zwischen Umwelt und Digitalisierung. Die Schweiz hat damit zur Stärkung des in Genf ansässigen Forums beigetragen, das dadurch reaktionsfähiger und für digitale Fragen relevanter geworden ist. Der *Geneva Dialogue on responsible behavior in Cyberspace* hat seine Aktivitäten fortgeführt. Diese zielen darauf ab, in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor internationale Normen für einen sicheren Cyberraum zu etablieren. Die Schweiz hat ausserdem die Stiftung *Geneva Science and Diplomacy Anticipator* (GESDA) weiter unterstützt. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, wissenschaftliche und technologische Fortschritte zu antizipieren und die Auswirkungen dieser Fortschritte auf die Gesellschaft und den Regulierungsbedarf zu analysieren.

5. Weiterführende Tätigkeiten

Frieden und Sicherheit

Am 29. Oktober 2020 hat die Schweiz die Schlussphase ihrer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat lanciert. Aus diesem Anlass beteiligten sich gegen 200 staatliche Vertreterinnen und Vertreter an einem Online-Event, das die Ständige Vertretung der Schweiz in New York organisierte und an dem Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Bundesrat Ignazio Cassis teilnahmen. Ausserdem betonte die Bundespräsidentin an einem Anlass zur Feier des 20. Jahrestags der Resolution 1325 des Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit, dass die Schweiz inklusive Friedensprozesse unterstützt. Die Schweiz hat auch ihre Bemühungen zugunsten der Friedenssicherung fortgeführt, indem sie in diesem Jahr zum 12. Mal die Burundi-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung präsidierte. Sie hat 2021 ausserdem einen Sitz im Organisationsausschuss der Kommission erhalten.

Die Schweiz wirkte als Co-Vorsitzende einer Ländergruppe, die sich für die Menschenrechte und die Konfliktprävention einsetzt, weiter auf eine Stärkung des Nexus zwischen Frieden und Menschenrechten hin. Im September 2020 legte sie eine Resolution zur Rolle des MRR bei der Prävention von Menschenrechtsverletzungen vor. Ausserdem unterstrich die Schweiz anlässlich der 7. Überprüfung der Globalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus im Juni 2021, dass es wichtig ist, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht im Rahmen der Terrorismusbekämpfung einzuhalten.

In der Überzeugung, dass Korruption die Sicherheit gefährden kann, nahm die Schweiz im Juni 2021 an der GV-Sondersitzung über Korruption teil und schloss sich einer entsprechenden politischen Erklärung an. In seiner Videobotschaft betonte Bundesrat Ignazio Cassis vor allem die Bedeutung der Prävention und der strafrechtlichen Verfolgung von Korruption. Ausserdem übernahm die Schweiz im November 2020 den Vorsitz bei der 2. Überprüfungskonferenz des Übereinkommens über das Verbot von Streumunition.

Nachhaltige Entwicklung

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 75. Jubiläum der UNO sowie im Februar 2021 vor dem MRR erinnerte Bundesrat Ignazio Cassis daran, dass die Agenda 2030 einen gemeinsamen nationalen und internationalen Handlungsrahmen darstellt.

Am Biodiversitätsgipfel lancierte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga einen Appell an die Staaten, die Finanzflüsse zugunsten einer positiven Entwicklung der Biodiversität auszurichten und mit ihren finanziellen Anreizen und Subventionen nachhaltige Produktionsmethoden zu fördern. Sie versicherte zudem, dass die Schweiz für das globale Ziel einsteht, bis 2030 weltweit 30% der Erdoberfläche für den Erhalt der Biodiversität

vorzusehen. Neben dem Schutz der Biodiversität waren auch die Verringerung der Katastrophenrisiken und der Klimaschutz Gegenstand der von der Schweiz unterstützten GV-Resolutionen. Die Schweiz hat zudem zur Vorbereitung des für September 2021 geplanten Gipfels für Ernährungssysteme beigetragen, indem sie mehrere Multi-Stakeholder-Dialoge organisierte. Dabei konnte sie die Themen Innovation, Rolle der Jugend und nachhaltige Finanzierung als Schlüsselpunkte zur Förderung der Transformation der Ernährungssysteme ins Programm einbringen. Bereits im März 2021 konnte Bundesrat Ignazio Cassis an einer hochrangigen Veranstaltung der GV die Bedeutung des Zugangs zu Wasser und dessen Zusammenhang mit Entwicklung und Friedenssicherung hervorheben. An der UNO-Umweltversammlung plädierte Bundesrätin Simonetta Sommaruga für wirkungsvollere internationale Regeln zu Chemikalien und Abfälle. Zudem verabschiedete die GV mit Unterstützung der Schweiz eine Resolution zur Durchführung einer internationalen Konferenz im Jahr 2022 anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der ersten UNO-Umweltkonferenz in Stockholm.

Als Vize-Präsidentin des ECOSOC war die Schweiz im Juni 2021 Gastgeberin und Vorsitzende des Segments für humanitäre Angelegenheiten in Genf, wo sie die herausragende Expertise des internationalen Genf im humanitären Bereich unter Beweis stellte. Die Schweiz hat gemeinsam mit Indonesien die Verhandlungen der jährlichen Resolution dieses Segments co-fazilitiert.

Menschenrechte

Im Rahmen ihres Engagements für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe leitete die Schweiz gemeinsam mit Mexiko die Verhandlungen einer GV-Resolution, die ein Moratorium verlangt. Diese Resolution wurde bei ihrer Verabschiedung von 124 Mitgliedstaaten und damit von mehr Staaten als je zuvor unterstützt. Bundesrat Ignazio Cassis bekräftigte die Ablehnung der Todesstrafe durch die Schweiz auch anlässlich einer hochrangigen Diskussion im MRR im Februar 2021. Anlässlich des 25. Jahrestags der Weltfrauenkonferenz von Peking, an der eine Agenda zur Förderung der Frauenrechte und der Geschlechtergleichstellung verabschiedet worden war, verurteilte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Oktober 2020 vor der GV jegliche Gewalt gegen Frauen und forderte gleiche Rechte und gleichen Lohn für Frauen. Die Schweiz engagierte sich auch systematisch für die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit, für das Recht auf friedliche Vereinigung sowie für den Zugang zu verlässlichen und unabhängigen Informationen, insbesondere im Internet. Sie verurteilte vor dem MRR wiederholt jegliche missbräuchlichen Einschränkungen dieser Rechte. Die Schweiz legte im MRR Resolutionen zur Vergangenheitsbewältigung, zur universellen Beteiligung an den Arbeiten des MRR und zu den Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Menschenrechten vor. Zudem begleitet die Schweiz Bestrebungen für eine Anerkennung des Rechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch den MRR und die GV.

Fazit

Diese 75. Tagung, die fast vollumfänglich virtuell abgehalten wurde, brachte zahlreiche Herausforderungen mit sich. Weil die physische Teilnahme äusserst beschränkt war oder durch Videobotschaften ersetzt wurde, fehlte der informelle Austausch, der normalerweise zur Lösungssuche und zum Aufbau von Vertrauensbeziehungen beiträgt. Die Schweiz konnte jedoch eine führende Rolle einnehmen, insbesondere bei der Umsetzung neuer Arbeitsmethoden. Sie konnte so ihr positives Bild einer auch in Krisensituationen vertrauenswürdigen und konstruktiven Akteurin stärken. Die Pandemie hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Bilanz der Schweizer Teilnahme an der GV. Die Schweiz konnte ihre Prioritäten vorantreiben und sich wiederholt auf hochrangigem Niveau äussern.